



Mobilfunkmasten in Stuttgart-West

Erhöhte Krebsgefahr durch Handymasten – das bestätigt eine offizielle Studie des Landes Steiermark. In einer Entfernung bis zu 200 Metern wurde ein signifikant erhöhtes Krebsrisiko belegt. Die Häufung zeigte sich insbesondere für Brust- und Hirntumoren.



Baubürgermeister Hahn mit Dauer-Messstation

Zur Beruhigung der besorgten Bevölkerung ließ die Stadt eine Dauer-Messstation erst im Gesundheitsamt, dann in der Ludwigstraße 111 aufstellen. Die Bürgerinitiative hat die Ergebnisse angefordert, bisher vergeblich.



Immer mehr Bürger beteiligen sich an Protesten

Nun hat sich Stadtdekan Ehrlich endlich an die Bürgerinitiative gewandt mit der Bereitschaft zum Gespräch und zur juristischen Überprüfung der Kündigung des Mastes. Wir freuen uns über ein Ende des Schweigens und auf Taten! 2400 Protestunterschriften warten noch auf die Übergabe an die Evangelische Gesamtkirchengemeinde.

Österreichische Ärztekammer, Diplomkurs Umweltmedizin
Umweltmedizinische Beurteilung elektromagnetischer Felder (April 2007)
Dr. med. Gerd Oberfeld

Massive Auswirkungen von Basisstationen

„Auch wenn die Exposition beim Mobiltelefon deutlich höher ist als bei Mobilfunkbasisstationen zeigen sich derzeit die massiveren Auswirkungen bei letzteren. Der Hauptgrund dafür liegt mit hoher Wahrscheinlichkeit in der längeren Expositionsdauer und der fehlenden Erholungsmöglichkeit für den Organismus.“

Hirntumor-Risiko

„Nach zehnjähriger Forschung zur Frage des Gesundheitsrisikos von Mobiltelefonen steht nun auf allen naturwissenschaftlichen Nachweisebenen (Zelle, Tierversuch, Beobachtung am Menschen) fest, dass bei einer Nutzungszeit von mehr als zehn Jahren das Risiko zur Ausbildung eines bösartigen Hirntumors verdreifacht ist. Aufgrund des kumulativen Risikos ist ein weiterer Anstieg des Risikos zu erwarten.“

Abmahnung für Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster

Wie gesundheitsschädlich die Mobilfunkstrahlung ist, die von Handymasten ausgeht, wird immer klarer. Im Januar 2008 wurde vom Land Steiermark eine Langzeitstudie veröffentlicht, die schockiert. Das Forschungsergebnis:

„Die Distanzauswertung zeigte (...) für den Bereich von 0 bis 200 m um den Sender gegenüber dem Bereich von 201 bis 1200 m in allen drei Stichproben ein signifikant erhöhtes Krebsrisiko und damit eine eindeutige örtliche Häufung. Die Häufung zeigte sich insbesondere für Brust- und Hirntumoren.“

Vergleicht man das Krebsrisiko der Gruppe von Menschen, die geringer Bestrahlung ausgesetzt war ($<10 \mu\text{W}/\text{m}^2$) mit dem Krebsrisiko der Gruppe von Menschen, die höchster Bestrahlung ausgesetzt war ($>1000 \mu\text{W}/\text{m}^2$), zeigt sich: das Brustkrebs-Risiko in der zweiten Gruppe ist 23-fach erhöht, das Gehirntumor-Risiko sogar 121-fach!

Man muss dieses Ergebnis zweimal lesen. **Im Stuttgarter Westen** – und sicher nicht nur dort – haben wir Werte auf Balkonen und in Wohnungen von $20\,000 \mu\text{W}/\text{m}^2$ bis $582\,000 \mu\text{W}/\text{m}^2$, also um das **58-tausendfache** der Referenzkategorie (vermutete Unschädlichkeit) der Österreichischen Ärztekammer.

Die Stadtverwaltung und das Gesundheitsamt verschließen die Augen, um das Milliardengeschäft der Mobilfunkkonzerne, nicht zu gefährden.

Das fordern wir von der Stadt Stuttgart:

- Erstellung einer Strahlenkarte von Stuttgart zur Feststellung der Belastungen!
- Absenkung der Strahlenbelastung in Stuttgart durch integrierte Netzplanung!
- Sicherheitsabstände zu Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern ...!
- Baustopp für neue UMTS- und Tetra-Anlagen!
- Runter mit den Grenzwerten – her mit medizinischen Vorsorgewerten!
- Aufklärung von Eltern, Kindern und Jugendlichen über den verantwortungsvollen Umgang mit Handys, DECT-Telefonen und WLAN!



Unsere Bürgerinitiative hat OB Schuster eine Abmahnung wegen notorischer Untätigkeit, Ignoranz, Missachtung von Bürgerinteressen und nicht eingehaltener Zusagen geschickt.

- Vor einem Jahr, am 16. Februar 2007 empfing OB Schuster die Stuttgarter Mobilfunk-Bürgerinitiativen und sagte zu, dass in etwa drei Monaten die nächste Gesprächsrunde stattfinden werde.

OB Schuster hat diese Zusage nicht eingehalten.

- Am 25. Juli 2007 mahnten wir OB Schuster im Brief „Gefahr im Verzug“ angesichts der erschreckend hohen Strahlenbelastung im Stuttgarter Westen an. Wir baten um ein Gespräch. Er hat unseren Hilferuf trotz extremer Dauerbestrahlung ignoriert.

OB Schuster blieb bis heute untätig.

- Mehrmals haben wir OB Schuster auf seine Verpflichtung hingewiesen, die Mobilfunkstrahlung durch Auflagen an die Netzbetreiber zu minimieren: indem die tatsächliche Strahlenbelastung festgestellt, Sicherheitsabstände zu Kindergärten und Schulen eingehalten und Basisstationen außerhalb von Wohngebieten aufgestellt werden. Kurz – durch eine integrierte Netzplanung.

OB Schuster hat nichts unternommen.

- OB Schuster sagte zu, gemeinsam mit den Schulbehörden für Aufklärung in Schulen und Kindergärten über soziale und gesundheitliche Aspekte der Handynutzung zu sorgen. Nichts ist geschehen.

OB Schuster blieb bis heute untätig.

- Die Stuttgarter Gesundheitsbehörden haben wir über die Messergebnisse und den aktuellen Stand der Forschung informiert und sie auf ihre gesetzliche Verpflichtung zur „epidemiologischen Überwachung“ hingewiesen. OB Schuster ließ Bürgermeisterin Müller-Trimbusch antworten. In ihrem Brief bestreitet sie wissenschaftliche Erkenntnisse und beruft sich auf eine Bundestagsdrucksache, in der offen gefälscht wird. Dies ist der Fachwelt bekannt. Mit diesen Fälschungen zu argumentieren, ist der untaugliche Versuch einer Täuschung.

Die Stadtverwaltung argumentiert mit unseriösen Veröffentlichungen.

Der volle Wortlaut steht auf unserer Homepage www.der-mast-muss-weg.de



Untätigkeit der Behörden auf Anweisung von „oben“?

Im Januar 2008 wurde bekannt, dass die bayrische Staatsregierung die Gesundheitsbehörden angewiesen hat, alle Beschwerden von Bürgern in Verbindung mit Mobilfunk-Immissionen zu ignorieren. Den beschäftigten Amtsärzten wurde untersagt, amtsärztliche Gutachten über mögliche Schädigungen der Gesundheit durch Elektrosmog zu erstellen. Zu diesem Vorgang liegt im bayrischen Landtag eine Anfrage der Grünen vor.

Nach der Untätigkeit der Stuttgarter Behörden in allen Mobilfunkfragen drängt sich uns der Eindruck auf, dass das bayrische Vorgehen allgemeine Behördenrichtlinie ist. Die Bürger werden schutzlos der gesundheitsschädlichen Mobilfunkstrahlung ausgeliefert. Das können wir nicht hinnehmen. Wir fordern einen sofortige zweite Gesprächsrunde mit OB Schuster und mit Vertretern des Gesundheitsamtes.

Unterstützen Sie die Forderungen zum Schutz der Bevölkerung:

Sie können uns unterstützen: mailen und schreiben Sie an OB Schuster.

Wir freuen uns über Ihre Mitarbeit und über Ihre Spende

Spendenkonto: Verein zum Schutz der Bevölkerung vor Elektrosmog e.V.,
Stuttgarter Volksbank, KTO 214 746 003, BLZ 600 901 00
E-Mail: info@der-mast-muss-weg.de www.der-mast-muss-weg.de

Nicht zuletzt die Täuschungsversuche der Stadt Stuttgart haben uns dazu veranlasst, eine Broschüre herauszugeben, die zeigt, wie Forschungen verschwiegen und verfälscht werden.

Zu beziehen über: bestellung@der-mast-muss-weg.de

oder im Direktverkauf:

Zeitungsladen Kunz, Ecke Bismarck-/Rötestraße, Stuttgart
Herausgeber: Verein zum Schutz der Bevölkerung vor
Elektrosmog e.V., Stuttgart. 36 Seiten,
Preis: 5,00 EUR (ab 10 Exemplare: 4,50 EUR)



Impressum: Verein zum Schutz der Bevölkerung vor Elektrosmog e.V.,
Bismarckstraße 63, 70197 Stuttgart